

Die Wahlen sind wichtig - die Tagespolitik auch!



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Der 25. Oktober 2020 hat für die LDP grosse Bedeutung: Grossratswahlen und Wahlen für den Regierungsrat sowie das Regierungspräsidium stehen an. Hier wollen wir vollen Einsatz zeigen, aber wir bleiben auch in der Tagespolitik dran!

Überzeugende Kandidatinnen und Kandidaten

Einhundert bestqualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten werden mithelfen, unsere Stärke im Grossen Rat zu erhalten. Für den Regierungsrat kandidieren zwei überzeugende LDP-Persönlichkeiten. Neben unserem bewährten und erfolgreichen Erziehungsdirektor Conradin Cramer tritt Stephanie Eymann für das Regierungspräsidium an. Wir haben weder „abgehoben“ noch sind wir überheblich geworden. Wenn die drei bürgerlichen Parteien LDP, FDP und CVP nicht der Linken die Mehrheit kampflos überlassen wollen, braucht es vier Kandidaturen.

Die bisherigen bürgerlichen Regierungsräte haben in der Vergangenheit mit ihrer Erfahrung, Verlässlichkeit und Stabilität überzeugt. Diese Politik soll beibehalten werden. Mit Stephanie Eymann erhält das Präsidialdepartement zudem eine starke, führungserfahrene und gewinnende Persönlichkeit.

Trotz Wahlen – die Politik geht weiter

Die Politik steht nicht still vor den Wahlen. Wir auch nicht. Im Grossen Rat ha-

ben wir uns pointiert zu aktuellen Themen und Geschäften geäussert. Hier eine paar Beispiele:

Der Rhein und das Rheinbord sind in der heissen Jahreszeit die am stärksten aufgesuchten Orte in unserer Stadt. Das kann zu Konflikten führen – im und neben dem Wasser. Grossrat Alex Ebi hat die Idee von Patrick Borer, Grossratskandidat der LDP und Wasserfahrer aufgenommen, einen „Runden Tisch“ aller Nutzerinnen und Nutzer des Rheins durchzuführen, um ohne zusätzliche Vorschriften einen „Rhein-Knigge“ zu schaffen.

Die Folgen der Corona-Pandemie treffen auch unseren Kanton. Deshalb verlangt Grossrätin Lydia Isler-Christ von der Regierung wirksame Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit. Grossrat Alex Ebi hat erfolgreich gefordert, Restaurants und Barbetrieben zusätzliche Aussenflächen auf Allmend zu überlassen (vgl. dazu auch den Artikel auf Seite 11).

Themen gezielt erkennen

Junge Menschen, die einen Teil ihres Lebens in Heimen oder Pflegefamilien verbracht haben, sind nach Erreichen der Volljährigkeit oft auf sich alleine gestellt und in unverschuldeten prekären finanziellen Situationen. Auf Initiative unserer Jungliberalen haben wir im Grossen Rat und im Nationalrat Vorstösse eingereicht, um diesen „Careleaver“ gezielt Unterstützung zukommen zu lassen.

Wenn jetzt endlich rund um die Synagoge Sicherheitsvorkehrungen stehen und der Israelitischen Gemeinde Staatsbeiträge an ihre privaten Sicherheitsvorkehrungen geleistet werden, ist dies der Beharrlichkeit unserer LDP-Fraktion zu verdanken. Gegen den Widerstand der meisten anderen Parteien konnten wir zusammen mit Guy Rueff, dem damaligen Präsidenten der Israelitischen Gemeinde, dieses Ziel erreichen. Interessant, dass jetzt – vor den Wahlen

- plötzlich alle Parteien dafür gewesen sein wollen!

Das Bau- und Verkehrsdepartement will eine neue Tramlinie durch den Claragraben bauen. LDP Parteimitglieder haben uns auf die grosse Ablehnung von Anwohnern aufmerksam gemacht. Um in der kommenden Diskussion fundierte Argumente zu haben, führen wir bei den Betroffenen im Clara- und Wettsteinquartier eine Umfrage durch.

Anders als andere Parteien

Wir sind eine Partei, welche Probleme frühzeitig erkennt und entsprechende Forderungen einbringt. Wir betreiben auf seriöse und unaufdringliche Art eine sachliche, kluge, finanziell verantwortungsvolle und auf die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtete Politik. SP und Grüne fallen vor allem durch lautstarke Forderungen auf, welche die Steuerzahler sehr viel Geld kosten. Gleichzeitig behindern sie mit ihrer wirtschaftsfeindlichen Haltung grosse und kleine Unternehmen. Sie vergessen dabei gerne, dass es unsere Wirtschaft ist, die uns Wohlstand und schwarze Zahlen in der Staatsrechnung beschert. Die Grünliberalen fallen mit Forderungen auf, welche andere Parteien – auch die LDP – bereits früher in die Politik eingebracht haben, so zum Beispiel Fassaden- und Flachdachbegrünungen, ein liberales Anliegen. Mehr Solarpanels wollen sie auch – sicher gut, aber schon längst von anderen Parteien gefordert, auf Bundesebene prominent auch von unserem LDP-Nationalrat. Auch die Abstufung der Elternbeiträge für Tagesheime, welche sie verlangen, ist bereits seit fast 20 Jahren im Gesetz enthalten.

Für unsere Politik brauchen wir – nicht nur im Wahljahr – Ihre Unterstützung. Bitte laden Sie auch Familie, Freunde, Bekannte und weitere der LDP Gutgesinnte ein, die Liste 3 LDP einzulegen und unsere vier Bürgerlichen in den Regierungsrat zu wählen. Herzlichen Dank!

Conradin Cramer: Hochmotiviert für 4 weitere Jahre

Vieles konnte er in seiner ersten Amtszeit aufgleisen oder auch vollenden. Es gibt aber noch viel zu tun – und Conradin Cramer ist hochmotiviert, eine neue Legislaturperiode in Angriff zu nehmen. Dies in einem eingespielten bürgerlichen Team mit Stephanie Eymann als neue Regierungspräsidentin

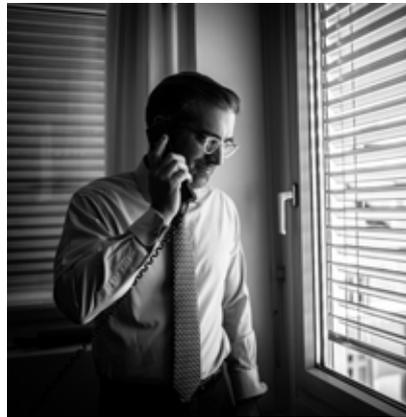


Die vergangenen vier Jahre im Regierungsrat bedeuteten für Conradin Cramer viel spannende, konstruktive und intensive Arbeit. Im Erziehungsdepartement setzte er auf die Stärkung unserer Schulen mit Investitionen in die Digitalisierung und die Verbesserung der Unterrichtsqualität. Der Ausbau



der Tagesstrukturen bringt zusammen mit dem neuen Tagessbetreuungsge-

setz die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in für die Schweiz pionierhafter Weise weiter. Mit der Senkung der Gymnasialquote und dem neuen „Haus der Berufsbildung“ an der Rosentalstrasse konnte er die duale Bildung stärken. Das Sportangebot verbesserte er mit neuen Infrastrukturen und innovativen Konzepten. Für unsere Universität und die Fachhochschule Nordwestschweiz erreichte er massgebliche Verhandlungserfolge. Sein Anspruch war und ist: Basel soll



mit guten Bildungsinstitutionen den Kindern und Jugendlichen all das mitgeben, was sie später für ein selbstbestimmtes Leben brauchen. Dafür steht Conradin Cramer seit vier Jahren jeden Tag ein. Über die Fragen im Erziehungsdepartement hinaus setzte er sich zusammen mit Baschi Dürr und Lukas Engelberger im Regierungsrat für einen vernünftigen



Umgang mit unseren Ressourcen ein, für gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft und für eine verantwortungsvolle Wohnpolitik, die Investitionen ermöglicht statt verhindert.

Es gibt weiterhin viel zu tun. Conradin Cramer ist hochmotiviert, die Arbeit weiterzuführen. Bei den anstehenden Wahlen geht es um Erfahrung, Stabilität und Verlässlichkeit. Die neuen Kandidierenden von Links stellen Extremforderungen. Solche Experimente können wir uns nicht leisten. Basel braucht eine Regierungsmehrheit, die Verantwortung für das Ganze trägt, sorgfältig haushaltet und kurzfristiger betrachtet Basel gut durch die Corona-Situation bringt. Dafür steht das Team mit den bisherigen Regierungsräten Conradin Cramer, Baschi Dürr und Lukas Engelberger sowie mit Stephanie Eymann als neue Regierungspräsidentin.

Stephanie Eymann: Qualifiziert und führungsstark

Unsere Kandidatin für das Amt der Regierungspräsidentin bringt alles mit, was man für diese Aufgabe braucht und vieles, was man bei der aktuellen Amtsinhaberin schmerzlich vermisst. Sie ist qualifiziert, führungsstark und natürlich ebenfalls hochmotiviert.



Dr. Stephanie Eymann (Advokat, 41 Jahre, Mutter einer erwachsenen Tochter), bringt als Chefin der Verkehrspolizei Basel-Landschaft, Dozentin an der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch und ehemalige Staatsanwältin Führungserfahrung mit. Als Gemeinderätin einer kleinen Baselbieter Gemeinde, wo sie auch die Spitex präsidierte, konnte sie zudem politische Erfahrung in der Exe-

kutive sammeln. Sie war während vier Jahren Mitglied der Parteileitung der FDP BL. Zudem ist sie als Lehrbeauftragte für Straf- und Strafprozessrecht an der Juristischen Fakultät der Uni Basel tätig und Autorin diverser wissenschaftlicher Publikationen. Das Regierungspräsidium möchte sie besser positionieren, die Zusammenarbeit mit den anderen Departementen intensivieren und den Nutzen dieses Querschnittsdepartementes für die Einwohnerinnen und Einwohner sichtbar machen. Um diese Ziele zu erreichen, vertritt sie u.a. folgende Positionen:

Unterstützung statt Visionen: Die «Kantons- und Stadtentwicklung» als wohl



wichtigste Abteilung des Präsidialdepartements hat sich in den Dienst des Regierungsrats und der Fachdepartemente zu stellen. Übergeordnete Themen, die das Präsidialdepartement initiieren oder bearbeiten soll, müssen zu Beginn der Legislatur vom Regierungsrat beschlossen werden. Daraus entsteht die Verpflichtung für die verschiedenen Abteilungen der Kantonsverwaltung, mit dem Präsidialdepartement zusammenzuarbeiten – was bisher klar zu wenig geschieht. Zwei Beispiele: Die verschiedenen Generationen haben unterschiedliche Mobilitäts-, Sicherheits- oder Wohnansprüche. Hier kann das Präsidialdepartement integrierend wirken. Mit dem Staatsarchiv, dem Statistischen Amt und den Museen ist das Departement für die Digitalisierung prädestiniert und kann dieses Thema gesamtkantonal koordinieren.

Sorgfältige Wohnpolitik betreiben: Der aktuellen Regierungspräsidentin ist es nicht gelungen, das eigene Lager von einer sinnvollen Umsetzung der Wohninitiativen zu überzeugen. Dieses wichtige Thema fordert aktive Bearbeitung. Das unproduktive Nebeneinander von «Kantons- und Stadtentwicklung» und «Planungsamt» muss beseitigt werden; mindestens sollten Lukas Ott und Beat Aeberhard ihre Büros unmittelbar nebeneinander haben. Die Kontakte mit privaten Investoren sind zu intensivieren. Ihre Investitionstätigkeit muss dabei ebenso angesprochen werden wie ihr Verhalten bei Totalrenovationen gegenüber den Mieterschaften. Unerlässlich ist der Einbezug der qualitativ hochstehenden lokalen Architekturbranche und weiterer Experten: Wenn wegen des Bevölkerungswachstums verdichtet werden muss, braucht es neben Planung auch Geografen oder Soziologen der Universität oder der Fach-

hochschule. Das Fehlen einer solchen übergeordneten Gesamtplanung hat zu den Wohnschutzinitiativen geführt. Die kantonale Wohnpolitik braucht einen Neustart: Günstige Wohnungen sind und bleiben wichtig, aber ein absolutes Genossenschaftsmantra ist abzulehnen: Es braucht alle Wohnbauträger. Neben günstigen Wohnungen braucht es auch solche für höhere Ansprüche.

Klare Strukturen für die Museen: Erfolgreiches Kulturschaffen braucht nur bedingt Strategien und Leitbilder, sondern künstlerische Freiheit und vor allem klare Zuständigkeiten. Dies gilt auch für die Museen. Das neue Museumsgesetz



geht in die richtige Richtung. Die Krisen einzelner Museen zeugen von Führungsschwäche im Präsidialdepartement. Die Museen müssen über die notwendige Autonomie verfügen und gehören der Regierungspräsidentin direkt unterstellt; die Führung seiner grössten Betriebe kann man nicht einer Stabsabteilung delegieren. Mittelbar sind die Strukturen zu klären, es braucht beispielsweise eine Stärkung der Museumskommissionen. Selbstverständlich sind dazu die Mäzeninnen und Mäzene und alle weiteren interessierten Kreise zu involvieren.

Innovative Nutzung zentraler Begegnungsorte: An der Augustinergasse wird der «Berri-Bau», einer der herausra-



So wählen Sie richtig!

Kreuzen Sie bei den Regierungsratswahlen Baschi Dürr, Conradin Cramer, Lukas Engelberger und Stephanie Eymann sowie **zusätzlich** Stephanie Eymann beim Regierungspräsidium an (insgesamt fünf Kreuze)!

gendsten Bauten zivilgesellschaftlichen Aufbruchs der Basler Geschichte, nach dem Auszug des Naturhistorischen Museums frei. Diese einmalige Chance ist zu nutzen: In einem Ideenwettbewerb können Inputs eingebracht werden, die interessante Nutzungsmöglichkeiten beinhalten. Auf jeden Fall kann an diesem Ort deutlich mehr entstehen, als wenig innovativ das nächste Museum nachzuschieben. Auch der Wegzug der Post aus dem Hauptpostgebäude eröffnet neue Möglichkeiten. Trotz zunehmenden digitalen Kontakten braucht es einen Ort mit realen Begegnungsmöglichkeiten mit Mitarbeitenden der Verwaltung. Die Regierungspräsidentin lädt regelmässig zu Gesprächen zwischen dem Regierungsrat, den politischen Parteien und den Bürgerinnen und Bürgern ein, um für den Kanton wichtige Themen zu diskutieren und den Puls zu fühlen.

Innenstadt stärken: Gerade die für das Baugewerbe und den Detailhandel wichtigen Inhalte der Stadtentwicklung müssen unter aktivem Einbezug der Anspruchsgruppen festgelegt werden. So kann sich das Präsidialdepartement für das Gewerbe einsetzen. Ein ausgewogener Mix aus Wohnen und Arbeiten bedeutet auch, die Verdrängung von Gewerbebetrieben aus Wohnquartieren zu stoppen. Die Innenstadt als Herz unserer Stadt, muss auch in Zukunft das Zentrum des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sein. Ihr die notwendigen Rahmenbedingungen für Gestaltung, Erreichbarkeit und Nutzung zu schaffen und damit ihren Puls auch künftig zu erhalten, ist ein Dauerauftrag der Politik.

Abstimmung zum Hafenbecken 3: Die RICHTIGE Frage stellen!

Bei der Abstimmung über das Hafenbecken 3 geht es einzig und allein um die Frage, ob dieses Hafenbecken gebaut werden soll, WENN in Kleinhüningen ein neuer Güterterminal gebaut wird. Über die Fragen, ob der neue Terminal überhaupt gebaut werden soll und ob ökonomische oder ökologische Argumente dafür oder dagegen sprechen, entscheiden ganz andere Instanzen. Dem Hafenbecken eine Absage zu erteilen, nur weil man gegen den Terminal ist, wäre darum der komplett falsche Ansatz.

Die Frage auf dem Abstimmungszettel wird im November lauten: „Wollen Sie den Grossratsbeschluss vom 12. Februar 2020 betreffend Ausgabenbewilligung zur Realisierung des Hafenbeckens 3 annehmen“. Keine Rede ist bei der Abstimmungsfrage vom Terminal Gateway Basel Nord (GBN). Trotzdem werden von den Gegner – und teilweise auch von den Befürwortern – praktisch ausschliesslich Themen diskutiert wie „Kann sich der Bau eines solch grossen Terminals überhaupt lohnen?“ oder „Ist es richtig, wegen dieses Terminals in eine geschützte Naturfläche einzugreifen?“. Dies ist aber gar nicht das Thema!

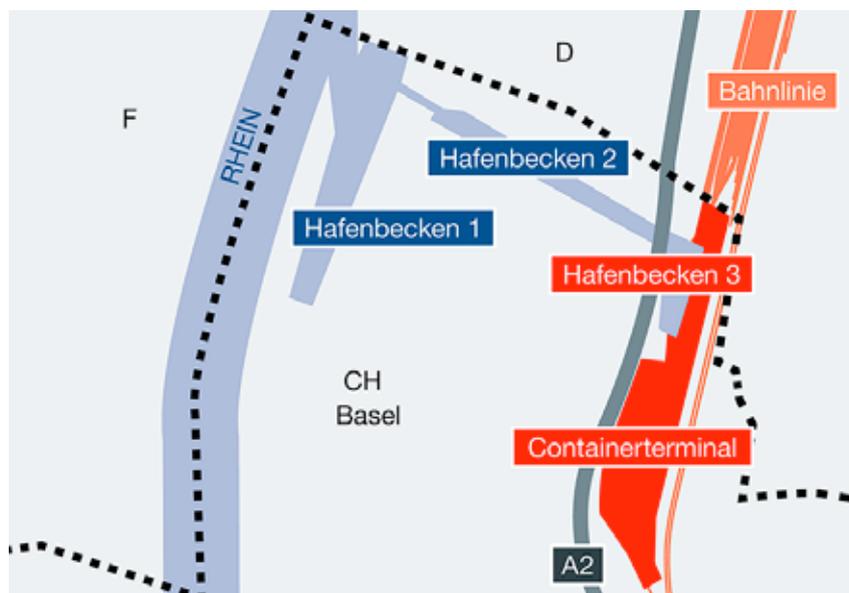
Ob der Terminal GBN schlussendlich gebaut wird, entscheiden in erster Linie die Investoren. Sie werden ihre Pläne weiterverfolgen, wenn sie davon überzeugt sind, dass sich die nicht unbeträchtlichen Investitionen rechnen. Den wichtigsten Entscheid fällt dann das Bundesamt für Verkehr, welches eine Konzession zum Betrieb von GBN vergibt – oder nicht. Gegen diesen Entscheid steht allen Betroffenen der Rechtsweg offen. Gewisse Umweltverbände und eine Hafenfirma haben denn auch schon

öffentlich angekündigt, bis zum Bundesgericht zu prozessieren – was ihr gutes Recht ist.

Bern und Lausanne entscheiden über GBN

Der Entscheid, ob in ein paar Jahren ein Terminal auf dem ehemaligen Gelände der Deutschen Bahn steht, fällt also in Bern, in Lausanne – aber sicher nicht in Basel. Die Stimmberechtigten in Basel-Stadt entscheiden einzig und allein darüber, ob der Terminal – wenn er denn gebaut wird – ein bimodaler oder ein trimodaler sein wird. Mit anderen Worten: Werden auf dem Terminal künftig die Container nur zwischen Bahn und LKW umgeladen oder auch vom und aufs Schiff. In der militärischen Führungslehre nennt man dies einen „vorbehaltenen Entschluss“: Man fällt eine Entscheidung, die nur Wirkung entfaltet, wenn etwas nicht selbst Beeinflussbares in Zukunft eintrifft.

Sollten die Investoren also auf das Projekt verzichten, das Bundesamt keine Konzession erteilen oder das Bundesgericht urteilen, dass der Bau von GBN



Das neue Hafenbecken 3 ist Bestandteil des Terminals Gateway Basel Nord. Nur wenn der Terminal realisiert wird - und wir Ja stimmen - kann das Becken gebaut werden.

Parolen der LDP für den 27. September 2020

- Volksinitiative „Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)“
Nein
- Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)
Stimmfreigabe
- Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)
Ja
- Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)
Ja
- Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge:
Ja

nicht mit den geltenden Gesetzen vereinbar ist, dann geschieht eben nichts. Es gibt dann keinen Terminal und auch kein Hafenbecken 3. Basel-Stadt hat in einem solchen Fall keinerlei finanzielle Einbusse.

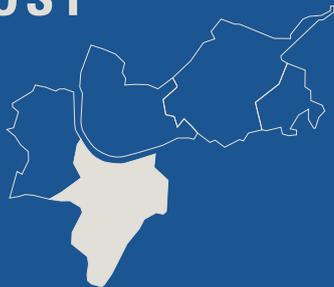
Unser „Tor zur Welt“ als Sackgasse?

Bei einem Volks-Ja wird also ein allfälliger Terminal mit einem neuen Hafenbecken Anschluss an unser „Tor zur Welt“ bekommen. Bei einem Volks-Nein dagegen kann es sein, dass zwar der Terminal unabhängig davon trotzdem gebaut wird, der daneben liegende Hafen aber keinen Anschluss daran hat.

Es braucht nicht viel Fantasie, sich vorzustellen, wie das Schicksal unseres Hafens mittel- bis langfristig aussehen wird, wenn dieser ab 2029 wegen Wegfall der Baurechte auf den Westquai und den Klybeck-Quai verzichten muss, keine Ersatzflächen erhält und gleich daneben die Konkurrenz auf Strasse und Schienen eine topmoderne Infrastruktur betreibt. Die Schifffahrt ist und bleibt dann der ökologisch sinnvollste Träger unserer Landesversorgung – mit keinem anderen Transportmittel kann man so viel Ladung mit so wenig Energieaufwand befördern – aber das nützt ihr dann nichts, weil sie buchstäblich den Anschluss verpasst hat.

Wahlkreis

GROSSBASEL OST



BISHER

Catherine Alioth
Grossrätin, Biologin



BISHER

Raoul I. Furlano
Grossrat, Kinderarzt



BISHER

Michael Hug
Grossrat, Jurist



Fabia Beurret
Dr. iur., ehemalige Gerichtspräsidentin



Diana Blome
Kunsthistorikerin, Kuratorin



Sabine Burckhardt Wasna
Biologin



Thierry Burckhardt
Jurist



Xaver Dill
Student



Annina von Falkenstein
Stv. Leiterin Human Resources



Nicolas Geigy
Notfallmediziner



Urs Gloor
Bankier



BISHER

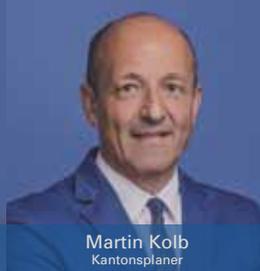
Lydia Isler-Christ
Grossrätin, Apothekerin FPH



Anna Göttenstedt
Wirtin Restaurant zur Harmonie



Stefan Grieder
Dr. iur., Advokat



Martin Kolb
Kantonsplaner



Lukas E. Linder
Betriebsökonom



Livio Marelli
Advokat



David Martina
Goldschmied



Ruben Masar
Advokat



Meinrad Morger
Architekt



Francesca Pesenti
Dr. iur., Advokatin und Notarin



Renato Pessi
Unternehmer



Annina von Planta
Geschäftsleitung Architekturbüro



Christophe Sarasin
Dr. iur., Advokat



Philipp Simonius
Advokat



David Teleki
Verkaufsleiter, Advokat

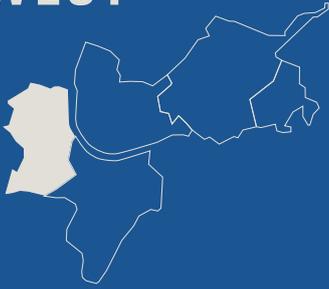


Christoph Wild
Pharmaunternehmer

In den Grossen Rat!

LDP 3
LISTE

Wahlkreis
**GROSSBASEL
WEST**



BISHER

François Bocherens
Grossrat, Apotheker FPH



BISHER

Thomas Mury
Grossrat, Pfarrer



BISHER

Jeremy Stephenson
Grossrat, Jurist



Bettina Achermann
Juristin



Diana Bevilacqua
Kommunikationsfachfrau



Josephine Eberhardt
Studentin



Jacqueline Eberhardt
Kaufm. Angestellte



Philipp Egger
Dr. Dr. hc., Philanthropie-Experte



Lukas Faesch
Advokat



Benjamin von Falkenstein
Student



Balz Furlano
Student



Benjamin Grob
Student



Thomas Hediger
Bankangestellter



Christian Hochstrasser
Dr. iur., Advokat



Lukas Huber
Kaufmann, Schuhhändler



Lukas Hug
Ökonom, MA HSG



Ilaria Valentina Ianieri
Advokatin



Philip Karger
KMU-Berater



Peter Kolp
Koch, F&B Manager



Nicole Kuster
Richterin am Strafgericht, Erziehungsrätin



Gerhard Lips
Berater, Coach



Catherine Nertz-Buxtorf
Kaderfrau Privatwirtschaft



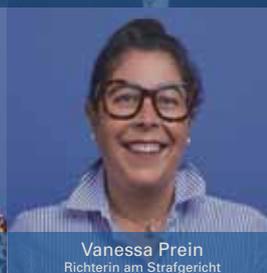
Gabriel Nigon
Advokat



Geert Pagenstert
Prof. Dr. med., Orthopäde, Unternehmer



Claudia Perrone
Architektin



Vanessa Prein
Richterin am Strafgericht



Anselmo Renz
Landschaftsgärtner



Julia Rimbach
Studentin



Guy Rueff
Nationalökonom



Regula Saner
Psychotherapeutin, Achtsamkeitslehrerin



Sarah Staehelin
Gymnasiallehrerin



Adrienne Strahm
MLaw, Advokatin

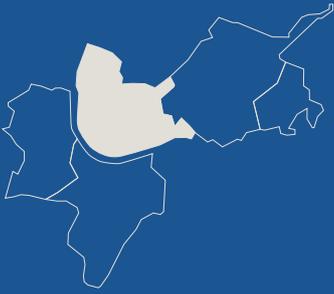


Wolf Vorster
Arzt



Konstantin Walker
Student, Velokurier

Wahlkreis
KLEINBASEL



BISHER

André Auderset
Grossrat, Geschäftsführer



BISHER

Alex Ebi
Grossrat, Generalagent



Claude Beranek
Biochemiker, e. Grossrat



Werner Blatter
Journalist BR



Patrick Borer
Metallbaukonstrukteur



Urs Degen
Däge: Illustrator, Cartoonist



Beat Dörflinger
Kaufmann



Emélie Dunn
Juristin



Patric Eppenberger
Unternehmensjurist, Advokat



Stephanie Eymann
Advokatin, Chefin Verkehrspolizei



Corinne Eymann-Baier
Bürgergemeinderätin, Kaufm. Angestellte



Roland Fink
Polizist



Angela Hans
Musiklehrerin, Sängerin



Martin Heiniger
Innenarchitekt



Adrian Iselin
Unternehmer



Andrea Jakob-Rüeger
Medizinische Praxisassistentin



Roger Kessler
Kaufm. Angestellter



Stephan Kohler
Geschäftsführer Gastro



Carmen Kolp
Geschäftsführerin



Thomas Locher
Vermögensberater



Joshua Marckwordt
ETH-Student



Priska Moser
Speditionskauffrau



Oscar Olano
Dr. iur., Advokat



Cédric Rudin
Betriebswirt



Dunja Stäheli
Therapeutin Komplementärmedizin



Stephanie Schluchter
Finanzberaterin IAF



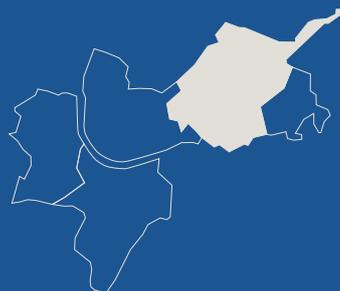
Beat von Wartburg
Direktor Christoph Merian Stiftung

In den Grossen Rat!

LDP
LISTE **3**

Wahlkreis

RIEHEN



BISHER

Daniel Hettich

Grossrat, Gemeinderat, Schreinermeister



Anton Bierl
Professor für Gräzistik, Universität Basel



Jürg Blattner
Einwohnerrat, Inhaber Papeterie



Sandra Bretenthaler
Betriebsökonomin FH



Claudia Fröhlich-Bürgenmeier
Dipl. Pflegefachfrau HF



Andreas Hupfer
Einwohnerrat, Immobilienverwalter



Andreas Künzi
Bankfachexperte



Claudia Schultheiss
Einwohnerrätin, Familienfrau und Juristin



Remo Schweigler
Umweltgeowissenschaftler



Nicole Strahm-Lavanchy
Leiterin Veranstaltungen, Gewerbeverband



Michael Wieser
Design and Development Manager

In den Grossen Rat!

LDP 3
LISTE

Wahlkreis

BETTINGEN



BISHER

Olivier Battaglia

Grossrat, Revisor, dipl. Wirtschaftsinformatiker

Wie nutze ich mein Stimmrecht am wirkungsvollsten für die LDP

Als liberale Partei schreiben wir bestimmt niemandem vor, wie er oder sie zu wählen hat. Weil uns aber Parteimitglieder gebeten haben, das für die LDP wirkungsvollste Wahlverhalten mitzuteilen, erhalten Sie diese Hinweise:

1. Mit dem Einlegen der Liste 3 LDP Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt zusammen mit Ihrem Stimmrechtsausweis (Blaue Schrift) ins Wahlcouvert erhalten alle Kandidierenden der LDP in Ihrem Wahlkreis eine Stimme. Wenn Sie eine Kandidatur bevorzugen wollen, können Sie den entsprechenden Namen mit Kandidatennummer, Namen und Vornamen auf der Liste 3 maximal dreimal aufführen (dazu müssen dann aber zwei Zeilen durchgestrichen werden). Achtung: Es darf nur eine Liste ins Couvert gelegt werden mit nicht mehr Namen als Listenplätze.
2. Falls Sie einzelne Kandidierende der LDP unterstützen möchten, aber eine andere als die LDP Liste 3 verwenden wollen, müssen sie ebenso viele Namen auf dieser „fremden“ Liste streichen wie Sie LDP-Kandidaturen berücksichtigen (ein solches Vorgehen hilft auch der Partei, deren Liste Sie wählen). Auch hier muss die Kandidaten-Nummer, der Name und der Vorname aufgeführt werden. Ein Kandidat oder eine Kandidatin darf auch in diesem Fall höchstens drei Mal aufgeführt werden. Achtung: Nicht mehr Namen als Listenplätze.
3. Wenn Sie eine leere Liste verwenden um Ihre Wunschkandidaten zusammenzutragen, schreiben Sie bitte Liste 3 LDP Liberal-Demokratische Partei als Parteibezeichnung.
4. Prüfen Sie bitte, ob alle benötigten Dokumente für die briefliche Stimmabgabe im Couvert sind: dies sind die Liste 3 LDP Liberal-Demokratische Partei und der Stimmrechtsausweis (Blaue Schrift). Die Adresse der Staatskanzlei muss im Adressfenster sichtbar sein.

Jungliberale: Echte Verstärkungen auf der Liste 3

Traditionsgemäss kandidieren die Jungliberalen Basel nicht mit einer eigenen Liste für die Wahlen in den Grossen Rat, sondern verstärken die Liste der „Mutterpartei“ in den verschiedenen Wahlkreisen. Und es ist eine echte Verstärkung, wie die Resultate jeweils zeigen. Mit dem früheren Präsidenten der Jungliberalen, Michael Hug, hat denn auch ein JLB-Mitglied in dieser Legislatur den Sprung ins kantonale Parlament geschafft.

Die JLB engagieren sich vielseitig. Vom Klimaschutz, der Stadtplanung über die Finanzierung der Uni Basel bis hin zum Engagement für die „Careleaver“ ist vieles dabei. Durch die gute Zusammenarbeit mit Grossrätinnen und Grossräten der LDP konnten wir zuletzt einige Vorstösse ins Parlament bringen.

Die JLB haben mit Michael Hug zudem seit Kurzem ihren ersten „eigenen“ Grossrat. Bei den kommenden Wahlen am 25. Oktober 2020 werden wir erneut versuchen, mit starken Kandidatinnen und Kandidaten gute Resultate zu erzielen und so weitere Sitze zu gewinnen. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung!

Im Interesse der Careleaver

Zurzeit engagieren wir uns für das Careleaver-Netzwerk Region Basel, ein Projekt des bürgerlichen Waisenhauses für junge Menschen, welche nach Austritt aus der Obhut von Heimen und Pflegefamilien (deswegen aus dem Englischen „to leave care“) mit zum Teil unüberwindbaren Hürden zu kämpfen haben. Unterdessen konnten wir mit unserem Anliegen – dank der Hilfe unseres Nationalrats Christoph Eymann – an die drei LDP-Grossräte Jeremy Stephenson, Raoul Furlano und Thomas Müry gelangen und mit ihnen zwei Interpellationen sowie eine Motion im Grossen Rat einreichen. Christoph Eymann hat diesbezüg-



Kandidierende Kleinbasel: Emélie Dunn, Joshua Marckwordt und (hier fehlend) Xaver Dill.

lich auch eine Anfrage an den Bundesrat platziert. Das erklärte Ziel dabei ist, für Careleaver den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern.

Motion zur Klimakommission

Auch das Klima ist ein Thema, das die JLB beschäftigt. Im Juni vergangenen Jahres hatten wir über LDP-Grossrat Raoul Furlano einen Vorstoss mit der Forderung, eine Klimakommission zu grün-

den, ins Parlament eingebracht. Unser Vorstoss wurde zunächst von SVP und SP versenkt.

Erst als das Anliegen kurze Zeit später von den Grünen erneut aufgegriffen worden war, stimmte die SP zu. Gute Ideen werden von Ihnen anscheinend nur unterstützt, wenn sie auch aus dem eigenen Lager kommen. Parteidenken scheint wichtiger als Klimaschutz.

Eine blamable Haltung! Für die LDP sitzen nun Raoul Furlano und Thomas Müry in der Spezialkommission Klima.

„Basel undeduure“

Das Strassenbild der Basler Innenstadt wird von unzähligen „Drämmli“ geprägt, wobei man besonders zwischen Aeschenplatz und Schiffflände oft auf eine „grüne Wand“ trifft. Mit dem ÖV ist man zwar schnell und umweltfreundlich unterwegs, jedoch beanspruchen die zahlreichen Tramlinien einen grossen Teil der Fläche der Grossbasler Innenstadt und schaffen die berüchtigte „grüne Wand“. Da Basel nur über begrenzten Raum für Wachstum verfügt, müssen wir besonders sorgfältig planen. Neben neuem Wohnraum werden ebenfalls neue Frei- und Grünflächen für die Bevölkerung benötigt, dies dient auch der Verbesserung des Stadtklimas.

Die Jungliberalen finden, dass der öffentliche Verkehr in der Innenstadt zu viel Platz einnimmt. Deshalb haben wir Jungliberalen die Verlegung der Tramlinien zwischen Aeschenplatz und Fischmarkt in den Untergrund gefordert.



Kandidierende Grossbasel West: Konstantin Walker, Josephine Eberhardt, Balz Furlano, Benjamin von Falkenstein sowie (hier fehlend) Benjamin Grob und Adrienne Strahm.

Stephanie Eymann



Conradin Cramer
Bisher

In den Regierungsrat!

Die CVP, FDP und LDP treten mit den bisherigen Regierungsräten Dr. Conradin Cramer (LDP), Baschi Dürr (FDP), Dr. Lukas Engelberger (CVP) und neu mit Dr. Stephanie Eymann (LDP) zu den Regierungsratswahlen an. Stephanie Eymann kandidiert zudem für das Regierungspräsidium. Mit diesem starken und kompetenten 4-er Ticket streben die bürgerlichen Parteien eine Regierungsmehrheit im Kanton Basel-Stadt an. Diese vier stehen für klar bürgerliche Werte.

Stephanie Eymann bringt ideale Voraussetzungen für das Amt der Regierungspräsidentin mit. Die promovierte Juristin und Advokatin, aktuell Major und Leiterin der Verkehrspolizei Basel-Landschaft, ehemalige Staatsanwältin, ehemalige Gemeinderätin sowie Lehrbeauftragte der Universität Basel verfügt über profunde Berufs-, Politik- und Führungserfahrung.

Regierungsrat Conradin Cramer hat sich in seiner ersten Amtsperiode als Vorsteher des Erziehungsdepartements bewährt und ist die Herausforderungen seines Amtes bestimmt, souverän und erfolgreich angegangen.

Am 25. Oktober besteht die Chance eine bürgerliche Mehrheit in der Regierung zu erreichen. Wir bitten Sie, das 4-er Ticket und Stephanie Eymann als Regierungspräsidentin zu wählen.

LDP 3
LISTE

Leistungsausweis der Grossratsfraktion: Wir haben Köpfe - und Ideen

Die Medien machen es sich manchmal etwas einfach und zählen einfach die Zahl der Vorstösse, welche ein Ratsmitglied in der jeweiligen Legislatur eingereicht hat. Nach dem Motto „Mehr ist besser“ entsteht dann eine Rangfolge - in der die Mitglieder der LDP-Fraktion selten die ersten Ränge belegen. Denn hier steht die Devise „Qualität vor Quantität“. Es kann nicht darum gehen, die ohnehin riesige Flut der Vorstösse weiter zu vergrössern. Ein liberales Mitglied des Grossen Rates bringt dann einen Vorstoss, wenn es Sinn macht - und das Thema nicht schon längst behandelt ist.

Mit Erstaunen haben wir vor einiger Zeit gelesen, die LDP habe zwar eine beeindruckende Anzahl von Persönlichkeiten in ihren Reihen, falle aber kaum durch eigene Ideen auf. Den ersten Teil der Aussage können wir zwar gerne bestätigen - an Ideen und deren Umsetzung im Parlament mangelt es uns aber keineswegs. Nachstehend eine kleine Auswahl:

So hat [Catherine Alioth](#) in einem Anzug angeregt, dass geeigneter Wohnraum für Studierende und junge Leute in Ausbildung in Gebäuden im Eigentum des Kantons geschaffen werden kann. Dabei denkt sie an die Zwischennutzung geeigneter Gebäude, die Schaffung von Anreizen, damit Private Wohnraum für junge Leute in Ausbildung zur Verfügung stellen, oder an Lösungen mit Wohncontainern.

Dass man manchmal erfolgreicher ist, wenn man parteiübergreifend vorgeht, bewies [André Auderset](#), der zusammen mit [Stephan Lüthi](#) (SP) in zwei Vorstössen eine liberalere Praxis bei der Bewilligung von Luft-Wasser-Wärmepumpen forderte. Der Grosse Rat überwies das Anliegen mit grossem Mehr, und der Regierungsrat musste eine Verordnungsänderung erarbeiten, so dass nun diese ökologisch sinnvollen Wärmespender in vielen Fällen ohne grossen Bewilligungsaufwand erstellt werden können. Leider „bockt“ die Verwaltung noch in einigen Fällen, so dass [Auderset](#) diesen Sommer mit einer Interpellation nun endlich Vollzug anmahnt.

Um weniger administrativen Aufwand für alle bemühte sich [Olivier Battaglia](#) in seinem Anzug für eine möglichst papierlose Steuererklärung mittels BalTax. Mit diesem PC-Programm wird zwar die Steuererklärung elektronisch übermittelt, alle Belege, auch die elektronisch vorhandenen, müssen aber per Post an die Steuerverwaltung geschickt werden. Um diesen unnötigen Vorgang zu beenden, soll der Regierungsrat prüfen, ob die notwendigen Belege und Unterlagen

in elektronischer Form in das BalTax geladen und zusammen mit der Steuerdeklaration übermittelt werden können.

Bis 2020 sollte eigentlich der Lachs wieder zurück in Basel sein. Wegen nicht fischgängiger Staustufen im Elsass ist dies aber immer noch fraglich. [François Bocherens](#) forderte den Regierungsrat auf, konkrete Schritte und Massnahmen zu planen und wenn möglich auf die französischen Behörden Einfluss zu nehmen, damit das Ziel doch noch erreicht wird.

Erst kurz im Grossen Rat ist [Alex Ebi](#), doch hat er mit seinem Vorstoss betreffend zeitlich befristete gebührenfreie Allmendbenutzung für Gastronomie- und Barbetriebe sowie Verkaufsgeschäfte während der Zeit des vorgeschriebenen Social Distancings bereits einen ordentlichen „Pflock“ eingeschlagen. Der Regierungsrat ist auf seinen und ähnliche Vorstösse umgehend eingegangen, so dass nun auf Allmend durchaus grosszügiger „rausgestuhlt“ werden darf.

Die LDP trägt diese Farbe zwar weder im Logo noch im Namen, darf sich aber als „ur-grün“ bezeichnen. So ist es nicht verwunderlich, dass es [Raoul Furlano](#) war, der mit seiner Motion erfolgreich die Einsetzung einer Spezialkommission des Grossen Rates zur Bearbeitung von Klimaschutz-Massnahmen in Gang brachte. Dies, damit die diesbezüglichen Vorstösse gebündelt in einem Gremium vorberaten werden können, statt verzettelt in nahezu allen Kommissionen.

Als einer der Gewerbevertreter in der Partei verlangte [Daniel Hettich](#) in einem Anzug eine Überarbeitung des Submissionsgesetzes. Anderen Gemeinwesen würde es gelingen, auch bei Beachtung der nationalen und internationalen Normen das lokale Gewerbe besser zu berücksichtigen; in Basel-Stadt zähle aber immer nur der Preis. Hettich forderte den Regierungsrat auf, sich Gesetz und Verordnung im Hinblick auf eine bessere Berücksichtigung des lokalen Gewerbes einmal vertieft anzusehen.

Volksinitiative „Mehr Sicherheit durch Sichtbarkeit“

Dieser Ausgabe des LIBERAL ist der Unterschriftenbogen für die Volksinitiative „Mehr Sicherheit durch Sicherheit“ beigefügt. Wir möchten Sie lebhaft ermuntern, den Bogen unterschrieben - wenn möglich auch noch von weiteren Personen - zurück zu senden.

Auf einigen Wahlplakaten haben Sie vielleicht den Slogan gelesen, dass „Überwachungskameras keine Schläger festnehmen“. Dies ist ebenso banal wie richtig. Aber Kameras haben zum einen eine präventive Wirkung, zum anderen nehmen sie eben indirekt doch Übeltäter fest - indem sie das Beweismaterial zu ihrer Überführung liefern.

Gegenüber früheren Vorstössen hat diese Initiative übrigens einen schlagenden Vorteil: Die Aufnahmen bleiben in einem Chip bei der Kamera und werden erst dann zu Rate gezogen, wenn etwas „passiert“ ist. Damit findet eben keine Überwachung der Bürgerinnen und Bürger statt.

Die ebenfalls erst kürzlich nachgerückte [Lydia Isler-Christ](#) kämpfte an einer ihrer ersten Grossratssitzungen mit viel Herzblut und erfolgreich gegen ein staatliches Monopol für die Kehrichtabfuhr beim gewerblichen Müll. Auf ihren Antrag hin versenkte der Grosse Rat ein entsprechendes Begehren der Regierung.

In seinem jüngsten Vorstoss macht sich [Thomas Müry](#) ernsthaft Sorgen wegen Schulden, die junge Erwachsene anhäufen, wenn von deren Eltern Krankenkassenprämien nicht bezahlt wurden. Auch wenn diese Ungerechtigkeit in Zukunft beseitigt werden soll, gibt es zahlreiche Betroffene, denen die künftige Gesetzesänderung nicht mehr helfen wird. Müry fordert deshalb Übergangslösungen, um Härten zu vermeiden.

Die LDP steht dafür, sinnvolles Verhalten, gerade auch im ökologischen Bereich, durch die Schaffung von Anreizen und durch Freiwilligkeit zu erreichen. Ein Beispiel dafür ist der Vorstoss von [Jeremy Stephenson](#), der den Regierungsrat aufforderte, freiwillige CO₂-Kompensationsabgaben auf Flugtickets unserer Bevölkerung breit bekannt zu machen und zu empfehlen. Allseits anerkannt ist Stephensons Arbeit als Präsident der Bau- und Raumplanungskommission, die unter anderem in der zu Ende gehenden Legislatur den neuen Zonenplan erfolgreich durchs Parlament gebracht hat.



CONRADIN

CRAMER



STEPHANIE

EYMANN

ins Präsidium



BASCHI

DÜRR



LUKAS

ENGELBERGER

[IhrRegierungsrat.ch](https://www.IhrRegierungsrat.ch)